

# „Mit Putin gibt es keinen Frieden“

Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München, kritisiert fehlendes strategisches Denken im Westen

**MÜNCHEN** – Über mögliche Auswege aus dem Ukraine-Krieg sprach Ralf Müller mit Professor Werner Weidenfeld, Politikwissenschaftler an der Universität München.

**Herr Professor Weidenfeld, angenommen, die Herren Putin und Selenskyj kämen zu Ihrem Centrum für angewandte Politikforschung mit der Bitte um Aufsetzen eines Vertrages. Wie würde der aussehen?**

**Werner Weidenfeld:** Politikberatung lebt von der Diskretion. Wenn ich einfach so herumplaudern würde, was mir vor Jahren Putin gesagt hat, wäre dieser Gesprächsfaden gekappt.

**Dann lassen Sie mich anders formulieren: Welche Perspektiven für die Beilegung des Konflikts gibt es?**

Es kann eine Art Krisen-Eindämmungsperspektive geben: Wie man einen Waffenstillstand hinbekommt, wie man mittelfristig gewisse Zugeständnisse macht. Langfristig gibt es für diesen Konflikt keine wirkliche Lösung, solange diese Akteure an Bord sind. Die Denkweise Putins lässt es nicht zu, dass er sagt, ich habe die letzten Jahre ein bisschen falsch gedacht. Selbst wenn er das sagen würde, würde er im Hinterkopf darüber nachdenken, wann sich die nächste Möglichkeit bietet, wieder zuzuschlagen. Solange Putin an Bord ist, bekommen Sie keinen wirklich stabilen Frieden.

**Das ist eine sehr pessimistische Prognose für die Zeit nach dem Konflikt und die internationale Großwetterlage ...**

Wenn Putin durch andere Akteure in die Enge getrieben ist, wird er ein bisschen beidrehen, aber nicht den Konflikt auflösen. Das gehört zu seiner elementaren Denkweise. Damit ist auch ein Grundproblem angesprochen, das die deutsche und europäische Politik mit dem Konflikt hat: Man muss immer die Perception (Wahrnehmung) des Gegenüber berücksichtigen. Das hat weder die deutsche noch die westliche Politik getan. Strategisches Denken: Fehl-anzeige.

**Können Sie das konkretisieren?**

Seit die Sowjetunion aufgelöst wurde, gab es in Moskau eine Art Kernklage: Uns nimmt niemand mehr ernst seit dem Zerfall der Sowjetunion. Man ist in Minderwertigkeitskomplexen gefangen. Deshalb ist Putins elementares Ziel eine Rekonstruktion der Sowjetunion, um dann wieder Schlüsselmacht der



Die Wucht des russischen Angriffskrieges: Rettungskräfte bei einer durch einen Angriff beschädigten Geburtsklinik in Mariupol.

FOTO: EVGENIY MALOLETKA/AP/DPA

weltpolitischen Architektur zu sein. Daher ist eine Entmachtung Putins unumgänglich. Putin führt ja nicht den ersten Krieg. Er hat 2008 in Georgien Krieg geführt, 2014 die Krim annektiert und so weiter.

**Was passiert, wenn diese Politik zur Wiederherstellung der Sowjetunion mal schieft, was ja im Falle der Ukraine so sein könnte?**

Die Ukraine in einem Blitzkrieg zu erobern, ist Putin nicht gelungen. Er wird aber deshalb nicht einfach so beidrehen und damit wäre alles aufgelöst.

**Solange Putin an der Macht ist, wird der Westen also keine Alternative zur Isolation Russlands und zur eigenen Aufrüstung haben?**

Man kann natürlich versuchen, ihn zu zwingen, durch Sanktionen da und dort Zugeständnisse zu machen, aber alles das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Konflikt nicht gelöst ist.

**Viele fühlen sich an die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg erinnert, als sich Deutschland nach dem Vertrag von Versailles gedemütigt fühlte und es dann zur**

„Das elementare Grundgesetz heißt: Was denken die, das ich denke, das die denken, das ich denke.“

**Nazi-Diktatur kam. Kann man solche Parallelen einschließlich des fehlgeschlagenen Appeasements der Westmächte gegenüber Hitler ziehen?**

In beiden Fällen handelt es sich um grausame, brutale Großverbrechen des Völkermordes. Trotzdem bin ich

bei Vergleichen sehr zurückhaltend, weil damit ihre unglaubliche Dimension ein Stück weit relativiert wird. So nach dem Motto: So etwas passiert nun mal alle paar Jahrzehnte. Da könnten wir ja den Blick gleich auf den Dritten oder Vierten Weltkrieg richten. Deshalb bin ich mit solchen Vergleichen sehr zurückhaltend.

**Kann man immerhin Parallelen in der in beiden Fällen fehlgeschlagenen Beschwichtigungspolitik gegenüber den Aggressoren sehen?**

Diese Fehlwahrnehmung findet auch in anderen Konflikten statt. Das Wichtigste ist die Perception: Ich muss wissen, was dieser Kriegstreiber denkt und will. Darauf muss ich mein Denken einrichten. Reziprozität der Perspektiven nennt man das in meiner Wissenschaft. Ich muss wissen, was der denkt, das ich denke, das der denkt, was ich denke. Geklappt hat das mal im Ost-West-Konflikt. Da gab es strategische Eliten in Moskau, Washington und Brüssel. Die haben nichts anderes gemacht, als zu überlegen, was die anderen machen wollen und wie man sie abschrecken kann. Das ele-

mentare Grundgesetz heißt: Was denken die, das ich denke, das die denken, das ich denke. Wer dieses Kalkül in die höchste Stufe treiben kann, ist überlegen.

**Die frühere Kanzlerin Angela Merkel sollte doch eine der wenigen Personen sein, die ziemlich genau wissen, was Putin denkt. Ist es ein Versagen der Ära Merkel, daraus nicht die erforderlichen Konsequenzen gezogen zu haben?**

Man kann die Ära Merkel nicht mit der Überschrift „Das große Versagen“ zusammenfassen. Was sie eingebracht hat, ist eine gewisse Grundkenntnis, wie Putin zu denken. Aber sie hat keinen großen strategischen Entwurf entgegengesetzt, sondern sich in einem situativen Krisenmanagement bewegt.

**Müsste man aber von einer Führungsfigur, die so lange im Amt ist, nicht mehr verlangen als ein „situitives Krisenmanagement“?**

Ja, aber verlangen Sie das auch von ihrem Nachfolger! Scholz ruft die Zeitenwende aus, ohne dass dies von langer Hand vorbereitet oder ein großer strategischer Wurf wäre.

**Wie gut ist Olaf Scholz im strategischen Denken?**

Scholz ist ein Typ, der zu Beginn seiner Kanzlerschaft erst einmal gemerkelt hat. Als der Druck durch Putins Krieg so groß wurde, hat er einen großen Sprung gemacht und die Zeitenwende ausgerufen und 100 Milliarden für die Bundeswehr angekündigt. Das wäre vorher ein Tabubruch in seiner Parteifamilie gewesen. Dann waren alle sprachlos. Und als erste kritische Murmeln in der Ampel-Koalition anfang, wurden noch Milliarden für den Klimaschutz draufgelegt. Das ist eine Art taktische Beruhigungsmaßnahme, aber nicht die große Strategie für morgen und übermorgen.

**Der russische Präsident scheint aber auch nicht der große Strategie zu sein ...**

Putin hat spezifische Wahrnehmungsformen der Geschichte und seiner Mission darin. Da können Sie machen, was Sie wollen, das will er. Wenn er durch den Zwang der anderen bedrängt, darf man sich nicht der Illusion hingeben, dass er seine Mission zu den Akten gelegt hat. Ich habe die Umgebungen Putins immer mit einer zentralen Aussage erlebt: Es nimmt uns keiner mehr ernst. Wir müssen wieder als Weltmacht ernst genommen werden.

**Putin hat zweifellos die EU und den Westen zusammengeschießt, wie das jetzt passiert. Wird das so bleiben?**

Solange der Druck von Putin so aufrechterhalten bleibt, ja. Wenn sich der Druck auflösen sollte, muss man mal abwarten. Meine Hauptkritik ist die Abwesenheit des strategischen Denkens in Berlin und Brüssel und im Grunde genommen auch in Washington. Die Henry Kissingers regieren da ja nicht mehr. Am ehesten kann man davon noch in Paris etwas verorten. Aber auch Macron hat der Nato vor ihrem Aufschwung bescheinigt, sie sei hirntot. |ram

**Werner Weidenfeld**

**Der 74-jährige Professor** ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) der Universität München, daneben Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg) sowie Vizepräsident des Cyber-Sicherheitsrats Deutschland (Berlin). |ram



FOTO: CAROLINE WALTER

## Das neue grüne Verantwortungsgefühl

Für die Zustimmung zum Kosovo-Einsatz 1999 wurde der erste grüne Außenminister Fischer noch mit Farbbeuteln beworfen. Im Jahr 2022 geht die Partei gänzlich anders mit ihrer Rolle in der Regierung um.

VON MARCO HADEM UND MARTINA HERZOG

**BERLIN/MÜNCHEN** – Spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine steht auch die Welt der Grünen Kopf. Ein grüner Vizekanzler Robert Habeck, der erfolgreich für Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet wirbt. Ein SPD-Kanzler Olaf Scholz, der als Koalitionspartner nie dagewesene Rüstungsausgaben ankündigt. Hinzu kommen Diskussionen zu längeren Laufzeiten für klimaschädliche Kohlekraftwerke und sogar Atommeiler. Doch einen allgemeinen Aufschrei löst das alles nicht bei den grünen Parteimitgliedern aus, wenn auch bei manchen deutliches Unbehagen. Was ist los mit der Partei, die ihre Wurzeln in

der Umweltschutz- und Friedensbewegung hat?

„Es ist eine große Herausforderung für uns alle, weil wir gerade in einer Zeit sind, die niemand so wollte und niemand so absehen konnte“, fasst der neue Parteichef Omid Nouripour die Lage zusammen. Deshalb solle man die Frage, was das für das eigene Programm bedeute, aber ruhig auch mal anderen Parteien stellen. Auch viele SPD-Mitglieder haben ihre Wurzeln in der Friedensbewegung.

Vor allem in der Union reiben sich dieser Tage viele die Hände, weil sie hoffen, dass die Grünen (und die SPD) innerparteilich in unruhiges Fahrwasser steuern. Insbesondere in Hintergründen wird offen über die vermeintliche Diskrepanz zwischen dem realpolitischen Handeln und dem ideologischen Markenkern gespottet. Das Kalkül dahinter ist klar: In wenigen Wochen stehen wieder Wahlen an, erst im Saarland, dann im Mai in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, und die Strategen bei CDU und CSU hoffen dann auf die Quittung unzufriedener Wähler.

„Die Hoffnung wird enttäuscht werden“, sagt der frühere Bundestagsfraktionschef Toni Hofreiter. Die Grünen im Jahr 2022 seien eine

andere Partei als vor 30 Jahren. Einen Glaubwürdigkeitsverlust fürchte er nicht. „Wir sind inzwischen eine sehr rationale Partei geworden. Das hat viel mit der Klimakrise zu tun.“ Die Argumente der Wissenschaft seien maßgeblich, es gehe um pragmatische Lösungen. Hinzu komme, dass die Grünen sich ja bis zum Ausbruch des Krieges intensiv um eine diplomatische Lösung bemüht hätten. Zudem sei er überzeugt, dass viele grüne Themen – etwa zur Notwendigkeit einer Energiewende – jetzt neuen Rückenwind bekämen.

Das Bild vom radikalen Pazifismus ist ein überholtes Klischee, betont nicht nur Hofreiter. Gern werden bei dem Thema die heftigen Auseinandersetzungen beim Bielefelder Parteitag 1999 erwähnt, an die sich Spitzengrüne bis heute nur ungern erinnern. Damals stimmte die Partei dem Nato-Einsatz im Kosovo zu, als Teil einer rot-grünen Regierung. Grünen-Außenminister Joschka Fischer wurde daraufhin mit einem Farbbeutel beworfen. Heute ist Außenministerin Annalena Baerbock hinter Scholz die beliebteste Politikerin des Landes.

Trotzdem überlassen die Grünen intern die Stimmungslage nicht dem Zufall. Möglichen Unmut fe-



Mai 1999: Farbbeutelattacke auf Außenminister Joschka Fischer während des Sonderparteitags der Grünen zum Kosovokrieg.

FOTO: BERND THISEN/DPA

dern sie in internen, meist sehr gut besuchten Infoveranstaltungen ab und feiern sich dafür auch gleich als Vorreiter. Bayerns Grünen-Chef Thomas von Sarnowski fasst die Lage an der Basis wie folgt zusammen: „Es sind sicher Fragen da, aber ich habe das Gefühl, dass auch die Antworten da sind.“ Es gebe einen großen Wunsch in der Partei, dass man der Ukraine und ihren Menschen helfe.

Die traditionelle grüne Friedensliebe ist schon lange nicht gänzlich ungetrübt. Ihr vis-à-vis steht eine

harte Linie gegenüber Regierungen, die demokratische Werte nicht teilen und Menschenrechte mit Füßen treten. Harsche Worte für China und Russland fand Baerbock schon als grüne Kanzlerkandidatin, worauf ihre Unterstützer auf Twitter dieser Tage besonders gern hinweisen.

Dass die Russlandpolitik im Koalitionsvertrag „kritischer und damit realistischer formuliert“ sei als noch in der Großen Koalition, liege nicht zuletzt an den Grünen, betont Partei-Urgestein Reinhard Bütikofer. Und das ist nur ein Beispiel von

mehreren, die der Ex-Parteichef aufzählt. Bütikofer allerdings ist Realo.

Insbesondere linke Grüne leiden, manche protestieren auch offen. Die Basisgruppierung „Unabhängige Grüne Linke“ um den Eifler Grünen Karl-Wilhelm Koch. „Wer jetzt Waffen liefert, füttert diesen wahnsinnigen Krieg“, warnte sie in einem Protestbrief an grüne Minister und Parteiführung. Bauchschmerzen hat auch die traditionell linke Grüne Jugend, etwa mit Blick auf eine mögliche Aufrüstungsspirale. Viele Grüne pochen nun darauf, dass Sicherheit nicht nur mit Bundeswehr zu tun habe, sondern auch mit einem Ende der Abhängigkeit von Russland im Energiebereich, der Vorbeugung von Krisen und Entwicklungszusammenarbeit.

Im März 2022 zeichnet sich somit immer klarer ab, dass der grüne Pragmatismus viel größer ist, als viele denken. Zähneknirschend wird dies unter der Hand in der Union so gesehen. Sowohl in der Energiedebatte als auch im Umgang mit dem Krieg samt der 100 Milliarden-Euro-Aufrüstung für die Bundeswehr habe die Ampel und mit ihr auch die die Grünen all jene Lügen gestraft, die im Bundestagswahlkampf noch den Untergang des Abendlandes voraussagten. |dpa